

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Stadt und Land 20 Pfennig, bei Zustellung unter Postband 25 Pfennig. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtag der Postverteilung für 1919 eingetrag. Redaktion und Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 111. Verleger: Kurt Roden 2895 und 2896.

Inserate sollen bis achtgerade, Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 Mill., Wortausgaben des festgedruckten Wortes 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Übersetzungssatz 70 Pf., bei Familien- u. Veranlassungsmengen 1/10 der Zeitangabe sein. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13. Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Umkehr in Oberschlesien!

Abreise einer Entente-Kommission.

Das Ergebnis der Beratungen.

Berlin, 21. August. (S. 2. B.)

Von ausführender Stelle wird mitgeteilt: Heute vormittag fand im Auswärtigen Amt eine erneute Besprechung zwischen Vertretern der deutschen Regierung unter dem Vorsitz des Herrn Reichsministers Müller und den stimmführenden Mitgliedern der polnischen Delegation in Gegenwart von Vertretern der englischen, französischen, italienischen und japanischen Militärmission. Das Ergebnis der Beratungen kann folgendes festgestellt werden:

Eine Kommission der hiesigen fremden Militärmissionen wird sich sofort nach Oberschlesien begeben, um an Ort und Stelle über die von polnischer Seite vorgebrachten und von der deutschen Regierung seitens der polnischsprachigen Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft in dem Aufstandsbereich, Beklagen zu machen und je nach dem Ergebnis Abhilfemaßnahmen vorzuschlagen. Ferner soll eine deutsch-polnische Kommission gebildet werden zwecks Beratung über die Maßnahmen zur Verhinderung der Grenzverletzungen, namentlich des Uebertretens polnischer ausländischer Landen und Verkaufes in das Reichsgebiet. Die deutsche Regierung hat bei den Beratungen mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß auf Grund ihrer Souveränitätsrechte die Herstellung der Ordnung in Oberschlesien ausschließlich deutsche Aufgabe sei. Sie ist entschlossen, den bewaffneten Aufständen mit aller gebotenen Energie größte Eindeutigkeit zu bereiten. Die zuständigen Stellen sind angewiesen worden, bei der Wiederherstellung des Aufstandes mit Nach zu verfahren, insbesondere keine Hindernisse vorzunehmen, um unter allen Umständen möglichst rasch nach Wiederherstellung der Ordnung in den betreffenden Bezirken ihre bereits vor dem Aufstand ausgesprochene Absicht zu verwirklichen, daß bei der Belagerungszustand aufzulösen und der Wunsch der Bevölkerung nach freierer Bewegung erfüllt wird. Sie werden sich an die besonnenen arbeitwilligen Elemente mit der dringenden Bitte, auf die Sicherlegung und Auslieferung der Waffen sowie die Wiederaufnahme geregelter Arbeit mit allen Kräften hinzuwirken. Es handelt sich hier um ein Gebiet, dessen Produktivität für das Wohl nicht nur Deutschlands, sondern in diesem Augenblick von ganz Europa von größter Wichtigkeit ist. Die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, die Verhältnisse durch eine internationale Kommission untersuchen zu lassen, beweist, daß die deutsche Regierung kein Mittel unversucht lassen wird, um Gefahren von unabwehrbarer Tragweite zu verhüten.

Die Verhandlungen über die mit der Ausführung des Friedensvertrages zusammenhängenden Fragen sind, wie bereits gemeldet, für einige Tage ausgesetzt worden, um den polnischen Delegierten Gelegenheit zur Besprechung und Einholung weiterer Instruktionen in Warschau zu geben. Der Herr Interimssekretär von Proskowki gedenkt morgen abzureisen. Sofort nach seiner Rückkehr, die Anfang nächster Woche zu erwarten ist, werden die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Pressemitteilungen über eine angebliche Stellungnahme des Herrn General Dupont zu den einzelnen schwebenden Fragen treten nicht zu. Herr General Dupont hat an den Beratungen teilgenommen und seine Mitwirkung beschränkte sich jedoch auf eine Vermittlung zwischen den beiden Parteien.

Es muß bei dieser Gelegenheit noch einmal und mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die deutsche Regierung die Hauptschuld daran trägt, daß sich die Lage in Oberschlesien so außerordentlich verwickelt hat. Wenn die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten, die Zurückziehung der Kosakentruppen schon früher erfolgt wäre, so hätte es zu diesen ersten Vorgängen nicht kommen können.

In Oberschlesien wird also hoffentlich bald das Willkürregiment beendet werden. Wann aber will die Regierung endlich den Belagerungszustand mit allen seinen Begleiterscheinungen auch im übrigen Deutschland aufheben?

Aus Oberschlesien wird uns gekriegen: Die Regierung und ihre rechtssozialistischen Trabanten haben nun glücklich erreicht, daß überall im ober-schlesischen Industriebezirk erschossen wird. Blut fließt in Strömen.

Hier und da hält irgendeine „Insurgenten“-Schar das Amtshaus der Gemeinde besetzt und wehrt sich bis zum äußersten. Die bürgerlichen Zeitungen schwelgen in seitenlangen Berichten. Findige Journalisten lassen sich von gekleideten Kommandeuren in die Kampflinie führen. Es ist wie unter Audendorff. Die besonnene Arbeiterschaft hält sich sowohl vom Streikbruch wie von den Kutschverbrechen heißköpfiger polnischer Chauvinisten zurück. Noch ist nicht bekannt, ob wirklich polnische Nationalisten hinter den Kulissen stecken. Aber es kommt nur darauf an, daß die Flinten losgegangen sind. In den Nachrichtenscheitern der amtlichen, der B.Z.B., der General-Kommando-Berichte weht eine jede bürgerliche Parteizeitung ihre persönliche Note: je nach Geschmack sind die Kommunisten, die Polen oder die Unabhängigen die Verderber Oberschlesiens.

Hörzing, der Vater und Heus dieses Treibens, thront in Breslau, also an den Toren des Verderbens, und zieht und knüpft seine Schemen. Die Gefängnisse füllen sich inzwischen. Die Arbeiterschaft ist über die Urheber des Aufruhrs erbittert. Denn abgesehen davon, daß der polnische Chauvinismus schon längst alles Vertrauen auch beim polnischsprachigen Arbeiter verloren hat, bilden die jetzigen Vorgänge in Oberschlesien einen schäweren Schlag gegen die Durchführung des aus der Arbeiterschaft herausgewachsenen Generallstreiks. Der Putz hat Hörzing, der bereits um Worte und Taten verlegen war, Waffen und Mittel neu in die Hand gedrückt. Unumschränkt rohe Gewalt herrscht jetzt hier.

Was sich nicht feststellen läßt.

Berlin, 21. August.

Offiziell wird mitgeteilt: Die von der „D. Z.“ gebrachte Nachricht, die polnische Ordnung habe vorgestern dem Auswärtigen Amt eine Note wegen angeblicher Grenzverletzungen überreicht, entspricht nicht den Tatsachen. Allerdings hat im Anschluß an Besprechungen über die Verhältnisse in Oberschlesien die polnische Delegation den angeblichen Fall einer Grenzverletzung durch deutsche Flieger als vor einigen Tagen erfolgt zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes gebracht und ersucht, den Fall zu prüfen und zur Verhinderung einer bestrittenen Verletzung entsprechende Maßnahmen zu treffen. — Uebrigens hat die durch das Kriegsministerium bereits eingeleitete Untersuchung des Falles ergeben, daß sich bei den zurückliegenden Kommandoposten weder die Tatsache des Uebertretens der Grenze noch die des Bombenwurfs hat feststellen lassen.

Eine Herausforderung an die U. S. P. D.

Hattowich, 20. August.

In seinem Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung leistet sich der rechtssozialistische Staatskommissar Hörzing eine unerhörte Herausforderung der sächsischen Arbeiterpartei von Oberschlesien, indem er die U. S. P. D. zu Wilschuldigen an den Kulissen macht. Es ist das die Sache dafür, daß sich die U. S. P. D. zu jedem Versuch, über ein selbständiges Oberschlesien zu verhandeln, ablehnend verhalten hat. Diese Verdrängung hat nur den Zweck, die unabhängige Arbeiterschaft zu Unbeliebtheiten hinzureißen.

Hindenburg, 21. August 1919.

Angehörige der 3. Marine-Brigade drangen gestern in das Parteibüreau der unabhängigen Sozialdemokraten in Hindenburg ein und nahmen dort, ohne sich zu legitimieren, sämtliche Zeitungen neusten Datums fort. Sie stiegen auch in das Schaufenster und rissen dort Stellungsgemälde der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, in denen Artikel gegen den rechtssozialistischen Hörzing enthalten waren, heraus.

Hausdurchsuchungen und Säuberungen.

Hattowich, 21. August.

Die Pressestelle des Staatskommissariats in Hattowich teilt mit: Im Laufe des Vortages fanden im gesamten Gebiet Hausdurchsuchungen und Säuberungen statt. Waffen wurden in verhältnismäßig hoher Zahl gefunden. Es waren fremdsprachige Waffen (englische und französische aller Art), was ein großes Licht auf den umfangreichen Waffensammler wirft, der hier im Grenzgebiet seit längerer Zeit hattergefunden hat. Sichtlich Absicht leistet eine polnische Bande Widerstand, der indessen gebrochen worden ist.

Regier. Agenten. Auch hier nehmen die Hausdurchsuchungen und Säuberungen einen guten Fortgang. In Klein-Berschütz sind von neuem Pandas eingeschoben. Es sollen sich hier wieder reguläre Truppen an dem Einfall beteiligt haben. Ein Panger-zug zur Abweisung dieses Einfalls ist unterwegs.

Rückkehr von der Flucht.

Unter feierlichem Orgelgetöse ist das Nationaltheater in Weimar gestern geschlossen worden. Das hohe Haus siebte noch der Reichshauptstadt über, aus der es im Februar aus Angst vor der Revolution geflohen war. Unter Orgelklang wurde zum Schluß der Weimarer Tagung noch ein Schlußakt aufgeführt. Herr Ebert leistete den feierlichen Eid auf die Verfassung; er schwor, daß er sie getreulich halten werde. Die Rechtssozialisten sind stolz darauf, daß einer der ihren, ein „Arbeiter“, wie ihre Presse rühmend hervorhebt, als erster Präsident der deutschen Republik diesen Eid leistete. Das Proletariat in seiner gewaltigen Mehrheit hat nur Berachtung für diesen Vorgang; denn diese Verfassung bedeutet die auf dem Papier erneut festgelegte Herrschaft des Kapitals. Sie ist ein Dokument der Gegenrevolution, sie ist für das kapitalistische Bürgertum das Zeichen, in dem sie gegen die Arbeiterklasse zu setzen hofft. Ein „Arbeiter“, der diese Verfassung beschwört, läßt Verrat an seiner Klasse, denn er gibt den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus auf.

Als am 6. Februar zur Eröffnung der Nationalversammlung die Glocken geläutet wurden, da überdauten ihren Klang die Schüsse aus den Kanonen und Maschinen-gewehren, die in Bremen gegen die Arbeiterschaft aufgeföhren waren. Jetzt mischt sich in den Klang der weimarer Theaterorgel der Donner der Kanonen und Maschinengewehre, die in Oberschlesien ihr blutiges Werk verrichten. Das ist das Symbol der Nationalversammlung, das ist der wirkliche Inhalt der Macht, auf die sich die kapitalistisch-reaktionär-rechtssozialistische vereinigte Regierung stützt. Sie regiert mit dem Belagerungszustand, sie stützt auf den Bajonetten ihrer Soldaten. Mit Gewalt beginnt sie ihr Tagewerk, mit Gewalt führt sie es zu Ende. Wir aber schöpfen aus aller geschichtlichen Erfahrung die tröstliche Aussicht, daß eine Regierung, die sich auf die Gewalt stützt, an dieser Gewalt wieder zugrunde gehen muß.

Die unabhängige Sozialdemokratie hat auf ihrem Parteitag im März zum Ausdruck gebracht, daß sie in dieser Nationalversammlung weder ein Volksparlament noch den Ausdruck des wirklich proletarischen Volkswillens erblicken könne. Die halb-jährige Beklatsche der Nationalversammlung hat dieser Auffassung durchaus recht gegeben. Was auch dieses Parlament geschaffen hat, das stand so im Widerspruch mit dem Volkswillens und den Volksbedürfnissen, daß die Abneigung gegen die weimarer Körperschaft von Tag zu Tag größer wurde. Es braucht nicht des näheren Nachweises, daß die politischen Verhältnisse in Deutschland sich seit den Januarwahlen gewaltig verändert haben. Nicht nur, daß durch die Schuld der Rechtssozialisten die reaktionären Gewalten wieder nach oben und zu erheblichem Einflusse gekommen sind, so ist auch die Abneigung des arbeitenden Volkes gegen die Regierungspolitik so stark geworden, daß die Regierung ohne die Bajonette in der Luft läge. Das weiß die Regierung, und deshalb hat sie vor einer Woche den Versuch unternommen, einen neuen Vertrag am Volke zu begeben, indem sie die Nationalversammlung zum Reichstag umzuwandeln und ihr zu einer neuen Dauer-tagung verhelfen wollte. Sie fürchtet die Abrechnung; aber die Abrechnung wird kommen; diese Regierung und diese Nationalversammlung können ihr nicht entgehen.

Als im November 1918 die alten Gewalten zusammenbrachen und die revolutionären Arbeiter und Soldaten selbst die Macht in die Hand nahmen, da war es nicht ihre Meinung, daß sie diese so bald wieder aus den Händen geben wollten. Es ist die Schuld der Rechtssozialisten, daß sie den proletarischen Willen zur Macht verfallt und gebrochen, daß sie der niedergeworfenen Bourgeoisie mit allen ihren Begleiterscheinungen, daß sie dem Militarismus und der Bürokratie die Gelegenheit zu ihrer Wiederherstellung gegeben haben. Wie die Ebert-Scheidemann-Roske sich bis zum letzten Tage dem Ausdruck der Revolution entgegenstemmt haben, das ist ihnen längst erst von Herrn Erbsberger in der Nationalversammlung feierlich bestätigt worden. Kaum aber war die Revolution siegreich, so jammern sie auf nichts anderes, als sie zu beenden und zugleich ihren Rücken daraus zu ziehen. Die Räteherrschaft mußte so schnell wie möglich beseitigt werden, der Bourgeoisie mußte wieder ein Instrument in die Hand gegeben werden, durch

das sie auf „geschicktem“ Wege ihre alte Herrschaft wieder errichten konnte.

Dieses Werk ist auch schließbar gelungen. Stünd um Stünd wurde von der Regierung unter Billigung der Nationalversammlung den Arbeitern die revolutionären Erwerbungen genommen. Die Arbeiterräte, die nach dem Willen des Proletariats die Bedeutung der Arbeiterklasse als Trägerin der Produktion politisch zum Ausdruck bringen sollten, sind ihrer wichtigsten Rechte beraubt worden. In den Betriebsräten will man ihnen noch gnädigst ein Schattendasein gestatten. Die Regierung und die vorgerichtlichen Mehrheitsparteien meinen, daß damit die proletarische Revolution zu Ende sei. Aber sie werden sich täuschen.

Die Nationalversammlung hat aber nicht nur negative Arbeit geleistet, indem sie die Revolution zu beenden und die Arbeiterräte zu heftigen Fraktionisten machte. Ihre Tätigkeit war auch positiv, indem sie alle Aufgaben getreulich erfüllte, die das kapitalistische gegenrevolutionäre Bürgerium nur an sie stellen konnte. Sie hat die Sozialisierung verhindert, sie hat die kapitalistische Arbeitsfront dadurch noch erweitert und verschlimmert, daß sie die Verhängung von Streikverboten und Arbeitsbefehlen der Polizei, Geringfügigkeit, Zensur und Wirtlichkeitsbeweis und offen anbot. Sie hat die Schule wieder dem Merkantilismus ausgeliefert und sie frönt ihr Werk dadurch, daß sie in der Steuerpolitik ganz die alten Bahnen des kapitalistischen Deutschlands wandelt und mit Eifer bestrebt ist, die Lasten des Krieges zu einem erheblichen Teile der wehrfähigen, der minderbemittelten und beschloßenen Bevölkerung aufzuladen.

Dieses Steuerwerk, dessen Erhöhung in Berlin fortgesetzt werden soll, zeigt besonders deutlich, wie von der Nationalversammlung der Wille des Volkes gefälscht und getrübt wird. Bevor hat man es nicht umgehen können, auch die reicheren Klassen zu den Steuerlasten heranzuziehen. Aber es soll nur so sein, als ob man die kapitalistischen Interessen nicht gefährdet werden. Welches tägliche Gebilde stellt sich das Reichsnotopfer dar! Wie gering sind verhältnismäßig die Ansprüche, die an die Erbklassen, an die Kriegsgewinnler, an den Vermögenszuwachs, an Einkommen und Vermögen überhaupt gestellt werden! Eine wirklich entsprechende Steuer der Kapitalisten ist schon dadurch erloschen worden, daß die Regierung viele Monate zu ihrer Erfassung hat versprochen lassen und dadurch den Kapitalisten die glänzende Gelegenheit gab, ungeheure Werke in Eisenbahnen zu bauen und sie der Besteuerung zu entziehen. Und so die größte Last der Kapitalisten, die sie um so schwerer die Arbeit und die Armut angefaßt werden. Neue in die Steuer zu werden in einer Höhe angeordnet, daß dem wehrfähigen Volke die Augen übergehen, und was diese noch übrig lassen würden, das soll durch die skandalöse Kunst der Steuer aufgebracht werden. Dieses Steuerwerk ist von Anfang bis zu Ende ein Lohn auf die Gewinnler des Krieges, es stellt eine Belohnung dar für diejenigen, die den Krieg verursacht und den Nutzen daraus gezogen haben, ein Anschlag auf die anderen, die zu Opfern des Krieges geworden sind.

Nur zwei beweisende Tatsachen hat diese Nationalversammlung hinter sich. Die eine war die Unterzeichnung des Friedens, durch die die Reichsparteien die Quittung unter ihrer Verantwortung und ihre Schuld an dem Krieg geleist haben. Nicht, daß sie diese Unterschrift freiwillig vollzogen hätten. Sie mußten durch die Massen, die von der unabhängigen Sozialdemokratie ausgeht, gezwungen werden, dazu gezwungen werden. Wer sie haben den Vertrag unterzeichnet, und wenn das Volk sie die furchtbaren Folgen des Krieges zu spüren bekommt, so wird es immer mit einem Munde geredet, die die Verantwortung an dem Kriegelassen. Die zweite beweisende Tatsache der Nationalversammlung waren die Unvollständigkeit der Revolution. Sie sind nicht zu dem Zwecke ausgeführt worden, damit das Volk die Revolution erziele, sondern um ein Teil der Schuldigen davon abzuwenden die Verantwortung auf der Nationalversammlung zu verlagern. Die zweite beweisende Tatsache waren die Unvollständigkeit der Revolution. Sie sind nicht zu dem Zwecke ausgeführt worden, damit das Volk die Revolution erziele, sondern um ein Teil der Schuldigen davon abzuwenden die Verantwortung auf der Nationalversammlung zu verlagern.

Belohnung der Reichs, wofür wir bilden die Nationalversammlung kann nach Berlin zurückkehren. Die freie Meinungsäußerung ist unterdrückt, die oppositionellen Parteien und Organisationen sind verboten, die Reichshäuser und Gefängnisse sind überfüllt mit politischen Gefangenen. Das sind die Merkmale der Demokratie, wie sie diese Nationalversammlung und diese Regierung aufweist. Eine mit so geringen Leistungen ist die Arbeiterräte die Nationalversammlung in Berlin einzuziehen. Noch hat sie unter deren Leitung zu leiden. Doch je schwerer das Parlament des kapitalistischen Bürgertums sich jetzt auch in seiner Schamhaftigkeit fühlen mag, um so fröhlicher wird das Proletariat daran arbeiten, die Einzelheit in seinen Reihen wiederherzustellen und durch sie die Stellung wiederzuerlangen und darauf zu bestreiten, die We nach den Novembertagen, nicht zuletzt durch eigene Schuld, gerächt werden ist.

Das Schaulied.

Freiheit, die sie meinen.

Über die Berechtigung wird offiziell berichtet. Die Verhandlungsfähigkeit für den Reichspräsidenten; hatte schon lange vor dem Beginn der Sitzung der Nationalversammlung eine große Menschenmenge nach dem Platz vor dem Nationaltheater gezogen. Man sah lange Reihen nachbrennender Weimarer Jugend, Soldaten, Reichswehr, kennlich an ihren Handschuhen, die vergeblich die längst vergriffenen Eintrittskarten zum Nationaltheater verlangt hatten, und Weimarer aller Gesellschaftsklassen; blaugelbete Berliner Schauliederer folgten mit ihren grünlichgrünen Weimarer Bannern für Ordnung. Kurz nach 4 Uhr rückte mit Marschmusik eine Ehrenkompanie Landjäger auf den Platz; in Paradeuniform: Stahlhelm, Tornister mit gerolltem Mantel und weissen Hosen. Militärische Kommandos hielten über den Platz, ein brauner Paradeersch, ein schwarzer Griff, und bald kam die Kompanie zum Anhalten vor dem Theater, ein sanftes Bild militärischer Ordnung. Befehle und Gehörtenen folgten in klaren Schritten über den nachschweifenden Platz in das Haus. Knapp vor 5 Uhr rückten das Haus des Reichspräsidenten. Die Musik spielte.

Am Haupteingang wurde der Reichspräsident durch die Vizepräsidenten Dr. Haugmann und Soebe und durch die Schriftführer Dr. Kammann-Hoyer und Dr. Pfeiffer empfangen. Sie geleiteten den Reichspräsidenten zu dem im Vorraum des Nationaltheaters harrenden Präsidenten Lehrenbach. Als der Reichspräsident das Haus betrat, tönte zerschender Orgelklang.

Aus dem Bericht erschienen wir weiter, daß der Sitzungssaal einfaß, aber würdevollen Innenschmuck erhalten habe. Wie eine Frau von ihren Jungfern unter den Trauhimmeln, so wurde Herr Ebert von dem Präsidentschaftlichen der Nationalversammlung in den Saal geleitet. Die Plätze der Delegierten und der Unabhängigen Sozialdemokraten waren leer geblieben. Präsident Lehrenbach forderte Herrn Ebert auf, die Eidesformel zu leisten, was dieser tat. Der Bericht vermerkt hier, daß der Reichspräsident mit markiger Stimme gesprochen habe. Herr Lehrenbach richtete hierauf eine Ansprache an Herrn Ebert, worin er ihm bezeugte, daß er keine Schuld und Verantwortung für die trostlose Lage des Reiches habe. Herr Ebert erwiderte, daß er die Verfassung halten, vertiefen und wahren wolle. Das Wesen der Verfassung solle vor allem Freiheit sein, Freiheit für alle Volksgenossen. Wie diese Freiheit in Wirklichkeit aussieht, davon hat Herr Ebert nicht gesagt. Den Schluß der Feierlichkeit bildete eine Abschiedsrede des Herrn Lehrenbach an Weimar. Dann erlang wiederum die Orgel.

Ingothron-Latte vor dem Theater die Militärkapelle gespielt. Die neuerliche Menge wurde immer größer. Nach der Feierlichkeit trat der Reichspräsident inmitten des Präsidiums der Nationalversammlung auf den Platz des Theaters und hielt an das Volk eine Ansprache, die in ein Hoch auf Deutschland ausklang. Die Musik spielte „Deutschland, Deutschland, über alles“ und unter den Klängen der Militärkapelle fuhr der Reichspräsident im Automobil davon.

Eine neue Leistung Noskes.

Wann kommt das fällige Dementi?

H. N. Haag, 21. August.

Der Sonderkorrespondent des Gauger „Baderland“ hatte eine Unterredung mit dem Reichswehraminister Noske. Auf eine Frage des Korrespondenten über die Revolution erklärte Noske, daß es keine Revolution bedürft hätte, um Deutschland zu einem demokratischen Staat mit Sozialismus der Erwerbsmittel umzuwandeln.

Auf den Hinweis des Korrespondenten, daß Noske selbst der Leiter des Matrosen-Aufstandes in Kiel war, der durch die Revolution einleitete, antwortete dieser, daß er ursprünglich nur nach Kiel ging, um den bestehenden Werftarbeiterstreik zu verhindern, daß er aber bei seiner Ankunft diese bewaffnete Matrosen auf dem Bahnhof vorfand, durch die er ins Amt gehoben und sofort zum Kommandanten ernannt wurde. Durch ihn sei verhindert worden, daß das 80 000 Mann starke Marinepersonal, das mit Waffen aller Art reichlich versehen war, infolge einer Unzufriedenheit gänzlich unheilbar wird.

Frage: Glauben Sie an ein Zusammenarbeiten zwischen Sozialisten und Gegenrevolutionären und daß die Gegenrevolutionäre die Macht haben, durch ein Chaos zur Reaktion zurückzuführen?

Nein, lautet die entscheidende Antwort. Zwar stürzen die Unabgängigen umsonst die Reaktion, denn der deutsche Arbeiter hat sehr viel auf Ordnung im öffentlichen Leben und die hatte er unter dem alten System; auf die Dauer wird ihn die Sehnsucht danach wieder ergreifen, aber Ordnung kann er auch von uns bekommen und darum arbeiten wir mit allen Kräften an der Kampfbildung des neuen Systems. Das Volk ist krank vom Krieg und siebert noch. Wenn ein paar tollhändlerische Revolutionäre einen Staatsstreich unternehmen, wird ihnen dies nicht glücken, es werden die Unabhängigen recht bekommen, die das „Revolutionsrecht“ noch weiter herrschen lassen wollen.

Frage: Haben Sie nicht wiederum die Schmach angeordnet, die früher gerade durch die Sozialdemokraten so hart beklammert worden ist?

Antwort: Ja. Ich selbst bin immer Gegner der Schmach gewesen, aber es kann nicht erwidert werden, daß eine solche Minderheit ein Durcheinander verursacht. Man muß die kannte Aufsicht in sicherer Gewahrung nehmen. In England z. B. kam der Richter mit beratenden Genschaften kurzen Prozess machen. Was bei uns müssen erst die nötigen Vorgeschichten vorliegen und dann kommt noch Kritik so und so viel. Das geht nicht in solchen Zeiten. Da kann man nicht warten, bis es zu spät ist.

Auf den Hinweis des Korrespondenten, daß behauptet wird, daß in seinem Departement partei reaktionäre und monarchistische Kräfte an der Arbeit sind, antwortete Noske, daß nicht alle Offiziere militärisch überzogene Republikaner geworden sind. Die brauchbaren Kräfte des alten Systems, die zur Mithilfe bona fide bereit waren, mußten auch für den Aufbau des neuen benutzt werden. In einer Dolchstoßrede muß ich ein Musterbeispiel von starrer Unfähigkeit durchzuführen. Ohne diese hat die Truppen für einen Paß von Geld aber nichts am oberen zu haben.

Nach den Abben der gegenwärtig noch 100 000 Mann starken Reichswehr, die laut Friedensvertrag bis zum Frühjahr 1920 nur noch 100 000 Mann stark sein darf, sagte Noske, daß dieser Abben noch viele Schwierigkeiten veranlassen würde. Die Kommissionen würden im kommenden Winter nicht unterlassen, Anordnungen zu stellen. Dazu kommt, daß die große Zahl der erkrankten Soldaten auf die Straße kommen und die Kriegsgefangenen bis zu dieser Zeit zurückkehren. Wie er mit 100 000 Mann die Ordnung in ganz Deutschland aufrecht erhalten solle, sei ihm noch nicht klar. Verhandlungen mit den unabhängigen Behörden seien ihm bisher nicht möglich gewesen.

Diese Äußerungen zeigen uns Noske wie er leidet und leidet. Wir ersuchen uns aber vorläufig jeden Kommentars, weil wir annehmen, daß der Reichswehraminister nach dem Vorbilde eines Geis, des Ministerpräsidenten Bauer, die Unterredung mit dem Berichtskatter des Gauger „Baderland“ dementieren wird.

Eine neue Hege.

Wolfs Telegraphenbureau übermittelt den Zeitungen folgende Meldung zur Weitergabe als Privattelegramm: Die parlamentarische und kommunistische Bewegung nimmt an einzelnen Plätzen wie Braunschweig, Magdeburg, Bremen, Braunschweig und München wieder überhand, und es läßt sich genau feststellen, daß diese Plätze als Zentren für sozialistische

Bullische gedacht sind. Die Regierung hat alle nötigen Vorkehrungen getroffen.

Kann das wohl in diesem Privattelegramm eine Arbeit im neuen Kommando zur Aufrechterhaltung der Ordnung enthalten, der als Beweis für die Notwendigkeit seines Amtes Ansehen nötig zu haben scheint.

Der russische Menschenjäger.

Die Reichsregierung duldet die Untriebe.

Unsere Feststellungen über die Aufrüstung der Konterrevolution haben jetzt endlich den Wall der Lüge und des Schweigens durchbrochen. Die bürgerliche Presse, der „Vorwärts“ und die gesamte rechtssozialistische Propaganda sind gezwungen, zu unseren Veröffentlichungen Stellung zu nehmen. Die Provinzpresse verurteilt einmütig das Treiben der russischen Konterrevolutionäre, die sich Deutschland zum Tumultplatz ihrer dunklen Machenschaften angeheftet haben und für ihre verwerflichen Zwecke deutsche Landesfinder ankaufen. Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß sich neben der russischen Militärmission, die sich in Wilmersdorf, Uhlendorferstraße 156, niedergelassen hat, noch eine russische Vertretung für Zivilangelegenheiten in Berlin befindet, und zwar in den Jahren Nr. 16. Beide Körperkassen betreiben offenbar die Wiederherstellung des zaristischen Regimes in Russland, und von der Militärkommission insbesondere können wir noch anführen, daß diese nicht nur russische Kriegsgefangene für die Armeekorps amüßigt, sondern daß sich von den deutschen Menschenjägern auch deutsche Soldaten anwerben läßt. Der „Vorwärts“ verlangt, daß die Regierung gegen dieses verwerfliche Treiben endlich einschreitet. Aber die Regierung stellt sich stumm und blind, sie will die Tatsachen, die sich zu Bergen anhäufen, nicht sehen, und schweigt sich dabei entweder aus oder löst durch ihre Pressestrabanten erklären, daß unsere Feststellungen nicht richtig seien. So wird am 6. 8. wieder unter dem 20. August aus Pita gemeldet.

Zur Aufklärung der russischen Truppen im Baltikum ist folgendes zu bemerken:

Es sind bisher noch keine deutschen Freiwilligen überreitet. Durch Befehl des 8. Infanterie-Korps ist ein solcher Lebertritt auch verboten. Der kommandierende General hat keine Gelegenheit benutzte gelassen, auch Einzelne zu warnen, zu den Russen überzuweien.

Betreffend die Fälligkeit Bekandts kann nur auf die letzte Rede Womans im Reichstag verwiesen werden, in der er gesagt hat, daß das Wertel Norlands bereits getötet ist und in einigen Tagen beim Scheitler getötet sein werden und auch der Tag nicht mehr fern ist, an dem kein deutscher Soldat mehr auf Bekandts Boden steht.

Diese Mahnung ist eine glatte Lüge, und wir müssen es als eine unaufrichtige Zurechtweisung der öffentlichen Meinung bezeichnen, wenn man durch derartige Verdunfelungen verheißene Tatsachen aus der Welt zu schaffen versucht, die jedem Deutschen bekannt sind. Es bleibt dabei, daß die deutsche Truppenverbände mit voller Aufmerksamkeit die russischen Armeekorps übergegangen sind und noch überdies ganz Russland wimmelt von deutschen Soldaten in russischer Uniform. Die Lebertritte sind geklohen mit Wissen und Willen der höheren Kommandos, wie auch in Deutschland der Menschenjäger für die Armeekorps unter Zustimmung der militärischen Dienststellen getrieben wird. Wir haben auch die positiven Beweise in den Händen, daß Graf v. d. Goltz die Aufrüstung der russischen Konterrevolutionären Armeekorps mit allem ihm zu Gebote stehenden Mitteln fördert. Ganz ungenügend geht dies neben den von uns bereits getroffenen Feststellungen aus dem Schreiben hervor, das die deutsche Armeekorps erhalten haben, welche sich auf Grund einer Anstalt für das Ausland meldeten und von dem Arbeitsnachweis der arbeitslosen Arbeitsvermittlung in der Lage die Auskunft erhielten, daß Ärzte und Sanitätspersonal für die Armeekorps gebraucht würden, welche im Gubernialverhältnis mit dem General v. d. Goltz sowie namhaften deutschen Beamten den Bolschewismus niederringen wollte.

Diesen Tatsachen gegenüber bedeuten die Abstreichungsversuche der deutschen Regierung und der ihr unterstellten militärischen Behörden nichts weiter als eine offene Verhöhnung der deutschen Arbeiterschaft, die die Vorgänge in Ostpreußen unter keinen Umständen dulden darf und will, die deren Lebensinteressen in der kürzesten Weise gefährdet. Bei der letzten Rücksicht, die die deutsche Regierung auf den Verstand hat, bei dem Wohlwollen, das ihren Tugenden entgegensteht, ist es nur zu erklärlich, wenn die Menschenjäger ihre unaufrichtige Handlung so wie vor fortführen. Selbst das „Berliner Tageblatt“ hat sich geäußert, eine Aufhebung des Militärvertrages, in dem festgestellt wird, daß dauernd große Truppen transporte sowie Proviant, Munition und Geschosse die ostpreussische Grenze in Richtung Russland passieren. Das „Berliner Tageblatt“ ist noch genauer, einen Erfolg von dem Konterrevolutionären Unternehmen nicht zu versprechen. Diese Auffassung barakt nur, daß die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ sich in ihrer Berichterstattung vor dem Bolschewismus mit Scheuklappen versehen hat.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist demgegenüber viel offener. Das agrarische Blatt findet die Anwerbungen und die Lebertritte zur Konterrevolutionären Armeekorps in der Ordnung und bricht kein lebhaftes Bedauern darüber aus, wenn die Regierung den Menschenjäger unterdrücken würde. — Die „Berliner Volkszeitung“, die ebenfalls zu den Vorgängen Stellung nimmt, bringt zum positiven Beweise über die Anwerbungen, noch am Dienstag haben deutsche Unteroffiziere in russischer Uniform sich in Glienide als Flottenhändler betätigt.

All diesen Tatsachen gegenüber verlangen wir von der Regierung noch einmal eine bündige Erklärung über die nachhörigen Treibereien der Konterrevolution in Deutschland. Wenn die Regierung den russischen Menschenjägern nicht endlich das Handwerk legt, so bringt sie damit keinen positiven Nachweis, daß durch ihr Verhalten Deutschland die Kulturkuse des absolutistischen Regimes herabgedrückt worden ist, wo der Menschlicher für fremde Erbezer auf der Tagesordnung

Lebensmittelfaender.

Verkauf. Ein weiteres halbes Pfund auslaendisches Weizenmehl...

Frankfurt. Von heute ab gegen Mittag 80 der allgemeinen...

Spanbau. Auf Feld 265 der Lebensmittelkarte 1 Pfund...

Uebung. Folgt. Deftliche Besprechung Freitag, abends...

Wahltag. Folgt. Deftliche Besprechung Freitag, abends...

Aus den Organisationen.

Niederbarnim. Der Auszug des Genossen Baumbach...

Wilmersdorf. Abteilung. Folgt. Am Sonntag, den...

Neukölln. Bis hier heute, Freitag, angelegte Funktion...

Oberbaumgarten. Freitag, abends 8 Uhr, Frauenabend...

Wilmersdorf. Folgt. Am Sonntag, abends 6 Uhr, in der...

Niederbarnim. Folgt. Am Sonntag, den 22. August, in den...

Veranstaltungen.

Wahltag. Folgt. Deftliche Besprechung Freitag, abends...

Gaestliche Mitteilungen.

Wahltag. Folgt. Deftliche Besprechung Freitag, abends...

Theater und Vergnuegen. Volksbuehne, Theatrum am Blowerstr.

Der Kuehnelgen. Deutsches Theater, Haus zum H. Malt.

Der heilige Florian. Wintergarten, Freitag 7 Uhr.

Berliner Prater. Wilmersdorf, Freitag 7-9 Uhr.

Die Suederlin. Fortuna-Theater, Freitag 7-9 Uhr.

Wahltag. Folgt. Deftliche Besprechung Freitag, abends...

Ballackmokers Variete-Quartett Sommer-Theater...

Fortuna-Lichtspiele + Hallerstr. 12...

Verband der Bureauangestellten...

Sale. Konigstadt-Kasino...

Deutsche Volkwohl-Lotterie...

Deutscher Metallarbeiter-Verband...

Branchen-Versammlung...

Verband der Schneider, Schneiderinnen...

Kontokorrent-Buchhalter...

Vertical text on the far right edge of the page.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Laßt euch nicht verblüffen!
Die Ausschreibung der Betriebsratswahl für den Groß-Berliner Wirtschaftsbezirk durch den rechtmäßigen Vollzugsrat bezieht sich auf die

Alle Klatsch- und Stundgebungen der offenen und versteckten Feinde des werktätigen Volkes und der bürgerlichen Reaktion sind darauf angelegt, euch zu verwirren und von einer tatsächlichen Vertretung eurer Lebensinteressen abzuhalten. Man laßt euch eingureden, daß die vom Vollzugsrat eingeleiteten Wahlen ungesetzlich seien. Haben die Herren, die heute in der Regierung sitzen, nach Beschluß II gefragt, als ihnen die Arbeiterräte im November vorigen Jahres die Regierungsgewalt übertragen? Da haben sie sich über die beschriebenen Gesetze hinweg gesetzt, weil ihnen das revolutionäre Rätesystem den Aufstieg zur Macht ermöglichte. Heute, da sie an der Macht sitzen, wollen sie die letzte Stütze des werktätigen Volkes, die Räteorganisation, erwürgen und mit ihrem Betriebsrätegesetz auch die letzte Stütze zerstören.

Die Spekulation auf eure Knechtseligkeit, euren Untertanentum und euren, daß ihr blind alles als Gnabengeld hinnehmt, was euch von den jetzt herrschenden Gewalten geboten wird.

Die Ausschreibung der Wahlen durch den rechtmäßigen Vollzugsrat ist kein ungesetzlicher Akt.

Wir fordern euch nicht auf zu Gewerkschaften, Klubs, Vereinen oder Parteien. Wir fordern euch nur auf, euch zu sammeln, zu organisieren in einer großen, planmäßig geplanten und durchgeführten Räteorganisation, die dafür sorgen soll, daß die heutige Revolution nicht bloß eine Handvoll politischer Geschäftsmänner, nicht bloß einigen zur politischen Macht gelangten Parteien, nicht bloß den an der Reuebebung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft interessierten Kreisen zugute komme, sondern daß das schwer unter Entbehrungen leidende und von seiner Hände Arbeit lebende werktätige Volk seine Geschicke selbst in die Hand nehme und statt der kapitalistischen Produktionsweise die sozialistische Gemeinwirtschaft einleite.

Die republikanische Regierung hat euch feierlich als politischen Parteien versprochen; auch die Freiheit des Koalitionsrechtes. Im Rahmen des Koalitionsrechtes liegt es, wenn sich jetzt das werktätige Volk über die historische überwundene und engbegrenzte Betriebsvertretung hinaus in einer mächtvoll aufgebauten Räteorganisation zusammenschließt.

Wenn die Minister Schilde und Fischel damit drohen, wegen den rechtmäßigen Vollzugsrat nach Gesetz und Recht vorzugehen, so entspricht das den bisherigen Gewaltmethoden der heutigen Regierung, darf euch aber nicht irren machen. Sie beweisen damit, daß ihnen das Koalitionsrecht auch nur eine demokratische Phrase ist, wie so viele andere Phrasen über angeblich demokratische Freiheiten. Oder will die Regierung zu den Tausenden, die jetzt schon um ihrer politischen Überzeugung willen die Schulhaftigkeit erleben, weitere Hundert Tausender des Rätesystems in den Kerker schicken? Denn sie es und dem sozialen Frieden wird sie damit nicht dienen!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!
Die obere Kämpferschaft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Groß-Berlins, die Gewerkschaftskommission, teilt nicht

die Ansicht der Herren Schilde und Fischel und deren arbeitserzitternden Bundesgenossen. Sie hat die Arbeiterschaft Groß-Berlins aufgefordert, den Wahlordnungen des rechtmäßigen Vollzugsrates Folge zu leisten. Kommt dieser Aufforderung nach; zeigt, daß ihr selbständig denkende und handelnde Menschen seid, die sich nicht von Bureaukraten und politischen Schiebern am Gängelbande führen lassen.

Es ist eine törichte und bewußte Lüge, wenn das Häuflein, das hinter dem regierungsfrommen Vollzugsrat steht, behauptet, die ausgeschriebenen Wahlen erstreckten sich nur auf die Anhänger der kommunistischen und unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. In dem Wahlauftrag des rechtmäßigen Vollzugsrates heißt es ausdrücklich, daß erfaßt werden sollen

alle Hand- und Kopfarbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung.

Wenn die Räteorganisation, die wir errichten wollen, soll das Proletariat über die Parteigränzen und das Parteigegensatz hinweg zusammenführen zu einheitlichem, geschlossenem Handeln.

Der Vollzugsrat, der die Wahl ausgeschrieben hat, handelt im Auftrage der erdrückenden Mehrheit der Groß-Berliner Arbeiter-Räte und der hinter ihm stehenden Arbeiter- und Angestelltenmassen. Der Vollzugsrat der Sozialdemokratischen Partei repräsentiert nur eine kleine Minderheit der Groß-Berliner werktätigen Bevölkerung. Seine Querschnittsgruppen sind die Arbeiter und die Angestellten in ihren Machtpositionen zu halten. Sie erklären in einer kraftvoll aufzubauenden und selbständigen Räteorganisation die größte Gefahr für ihre Regierungsverantwortlichkeit. Sie kämpfen jetzt Schulter an Schulter mit fanatischen Arbeiterfeinden und offenen Reaktionen.

Der Bürgerrat Groß-Berlins hat sich ihnen angeschlossen und ist zum treuen Bundesgenossen der Regierungsjournalisten im Kampfe gegen die geplante Räteorganisation geworden. Derselbe Bürgerrat, der jede selbständige Regierung der Arbeiter und Angestellten, jede Streikbewegung mit wildem Haß verfolgt und bei jeder Gelegenheit nach dem brutalsten Machtmittel schreit!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

Laßt die Schilde und Fischel, laßt die regierungsjournalistischen Geschäftsmänner und die bürgerlichen Reaktionsredakteure nicht unbeeindruckt und unerschrocken an die Wahlen heran. Ihr müßt die Gestaltung eures Schicksals für die kommenden Parteien friedenslos selbst in eure Hand nehmen. Das Wort ist nur, wenn ihr den letzten Akt revolutionärer Erregungsschritte selbst in euren Händen haltet, wenn ihr eine Partei selbständige Räteorganisation aufbaut.

Darum setzt fort in der Erfassungsarbeit und nehmt teil an den Betriebsratswahlen, allen Gegnern zum Trotz! Seid einig und seid durch!

Rur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß!

Der Vollzugsrat des Groß-Berliner Arbeiter-Rates.

Der Schlußtermin für die Erfassung der Betriebe und Betriebe und Betriebsräte wird hiermit auf Dienstag, den 26. August, festgesetzt.

Deutsche Nationalversammlung.

21. Sitzung, Donnerstag, 21. August 1919, früh 8 Uhr.

Vizepräsident Loebe eröffnet die Sitzung 8 Uhr 30 Min.

Der Gegenstand ist ein von Abgeordneten aller Parteien eingebrachter Antrag, nachstehenden Kriegshinterbliebenen Leistungen zu gewähren. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt erste

Beratung des Gesetzes über die Betriebsräte.

Reichsarbeitsminister Schilde: Ueber wenig ist in letzter Zeit soviel gesprochen und geschrieben worden wie über den Betriebsrat. Ein einheitlicher Rätegedanke ist eigentlich überhaupt noch nicht vorhanden. Die Regierung hat erklärt, daß sie ein Rätesystem mit politischen Aufgaben ablehne, da neben dem Parlament, das mit freien Wahlen herbeigeholt, nicht noch ein anderes Parlament eingeführt werden kann. Dagegen hat sie sich den Gedanken, die Räte mit wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu betrauen, zu eigen gemacht und im Artikel 166 der Verfassung festgelegt.

Diesem ersten Gesetz werden andere folgen über Arbeiterräte und Betriebsräte, so daß in diesem Jahre noch die ganze Räteverfassung festgelegt ist. Dies Gesetz ist der Grundstein. Seine Wichtigkeit ist bedingt durch die Notwendigkeit, die Wirtschaft wieder schnell wieder aufzubauen. Der Wiederaufbau ist nur möglich durch Gemeinwirtschaftsarbeit, gerichtet auf Selbsthilfe aller Volksgenossen. Welche Kreise der Arbeitgeber gehen wohl politische und gesetzliche Gleichberechtigung zu, halten sie aber auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für unmöglich. Der Gedanke muß befreit werden. In seinem Sinne sind nach Verabschiedung des Gesetzes Proteste und Wagnisse zu erheben. Dem Widerspruch von rechts steht ein genau so scharfer Widerstand von links gegenüber, was jenen zu weit geht, geht diesen nicht weit genug. Diese wollen die volle Selbstbestimmung der Arbeiter und Betriebsräte an der Verwaltung nicht nur zur Bekämpfung der Leistungen des Betriebes, sondern überhaupt; sie verlangen die Sozialisierung der Betriebe. Sozialisierung kann nicht durch die Betriebsräte erfolgen. Die früher geschaffenen Betriebsräte werden sich der Aufgabe vielleicht unzureichend fähig zeigen. Gegen die Mitwirkung der Arbeiterschaft an den Arbeitsbedingungen überhaupt wenden sich mit aller Schärfe sehr weite Kreise. Dabei darf die Wirtschaft den Gedanken bereits in weitem Maße erkaufen. Solche Kämpfe werden unter dem Betriebsrätegesetz nicht wiederholt auftreten können, weil sonst unsere Wirtschaft nicht wieder aufgebaut werden kann. Bei Einführungen herrsche Ausdruckslosigkeit, eine Gleichheit

und bei der Tätigkeit, sondern nach Form und Inhalt mit den Bestimmungen wurde gefordert.

Die Arbeiter haben an der gesetzlich festgesetzten Leistungsfähigkeit der Betriebe genau das Interesse und die Interessen und daß bei jeder Wirtschaftlichen gezielte Leistungen erzielt werden. Das heißt, wenn für Arbeiter auf die Wahl der Arbeiter haben, das gleiche mit für den Arbeitgeber. Eine Anzahl von Betriebsräten, die sich für die Interessen der Arbeiter einsetzen, werden

Bestimmungsrecht der Arbeiter bereits eingeführt; sie haben mit dem letzten Versuch gute Erfahrungen gemacht und die Mitwirkung der Arbeiterschaft hat sich reichlich bewiesen.

Auch die Besorgung, die Betriebsräte erfüllen das volle Recht, in alle Dispositionen hineinzuwirken, ist nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht begründet; wohl aber können die Betriebsräte gelegentlich wirken durch Aufklärung, Ermahnung zur Pflicht und dadurch daß sie die Arbeiter veranlassen, sorgsam mit dem anvertrauten Material umzugehen. Gegen das Gesetz ist auch das heute allgemein angewendete Mittel der Drohung gebraucht worden;

Arbeitgeber und Großhandel wollen bei Annahme des Gesetzes ausweichen.

Auf der anderen Seite besteht doch die Gefahr, daß wenn die Wünsche der Arbeiterschaft nicht erfüllt werden, gerade die wichtigsten und besten Arbeiter auswandern. Diese Gefahr ist für uns ebenfalls groß wie die andere. Die höheren Beamten und Angestellten haben besondere Betriebsräte für sich gewünscht; diesem Wunsch kann nicht stattgegeben werden. Auch die höheren Beamten und Angestellten besonders angehen. Solche höheren Beamten haben durch ihre Stellung einen größeren Einblick über die Betriebsverhältnisse und demzufolge einen größeren Einfluss auf die Gestaltung der Dinge, so daß sie einen besonderen Betriebsrat nicht nötig haben.

Auch die Redakteure der Tagespresse und die Angehörigen der darstellenden Künste wünschen eine Sonderstellung; auch dem kann ich nicht nachgeben. Auch die Redakteure sind Angestellte. Wenn ich ein großer Unterschied zwischen dem politischen Redakteur einer großen Tageszeitung und dem Leiter eines Fachblattes einerseits und dem mit allgemeiner Bildung nicht versehenen Redakteur einer sogenannten Annoncenplattene andererseits. Dennoch können sie nicht anders behandelt werden als andere Angestellte. In gemeinsamer Arbeit werden die anderen größeren Interesse und Verständnis für die Stellung des Redakteurs, die nicht immer richtig, sondern oft verbesserungsbedürftig ist, gewinnen. Die zahlreichen und weitestgehenden Bedenken gegen das Gesetz sollte man im Interesse seines Zweckes zurückstellen. Das Ziel der Arbeit soll das Gemeinwohl sein." (Weiß)

Hr. Schneider-Sachsen (Dem.): Dem Grundgedanken des Entwurfes haben wir bei der Verfassung zugestimmt. Wir tun das nicht ohne Bedenken, und der Aufbau der Vorlage beweist die Vermeidung dieser Bedenken. Der Entwurf nimmt keine oder nicht genügende Rücksicht auf die so außerordentlich verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse in Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Den Grundgedanken des Entwurfes haben so liberale Volkswirtschaftler wie Raumann und Fisch schon seit Jahrzehnten vertreten. Der Gedanke der Betriebsräte beruht auf der Idee der Betriebsgemeinschaft aller am Betriebsprozeß beteiligten Personen; dazu gehört der Unternehmer natürlich auch. Daraus folgt der Gedanke der Parität. In die Angestellten bedeutet die Vorlage eine Verdrängung, weil ihnen eine Entscheidung genommen wird, für die sie keinen Grund bekommen, denn eine Vertretung kann man das nicht nennen, was in dem Entwurf für sie vorgesehen ist. Bedenklich ist die Bestimmung, daß der Betriebsrat durch eine Betriebsversammlung von einem Arbeiter aus zu bilden sein kann. Bedenklich ist auch die Bestimmung, daß der Betriebsrat durch eine Betriebsversammlung von einem Arbeiter aus zu bilden sein kann.

alter von 21 Jahren. Das erste ist eine Heberzeugung des demokratischen Prinzips; wenn alle vier Wochen die Führer befristet werden können, dann gibt es überhaupt keine Führerschaft mehr. Darin stimmt ich dem Minister bei: die ganze Organisation muß getragen sein von dem Vertrauen in die Organisation der Arbeiter und Angestellten und vor allen Dingen von einem gegenseitigen Vertrauensverhältnis; nur auf dieser Grundlage kann etwas Gutes geschehen werden. (Weiß, Beifall)

Hr. Dr. Wetzel (Dem.): Der Minister hat selbst ausgesprochen, daß diese Gesetz grundlegende Umwälzungen bringt. Da liegt wohl die Frage nahe, ob gerade der augenblickliche Zustand unserer Wirtschaftslage geeignet ist, derartige grundlegende Veränderungen vorzunehmen. (Weiß richtig! rechts.) Deswegen würde ich es für richtiger gehalten haben, wenn man an Vorhandenes angeknüpft, d. h. wenn man vor allen Dingen an die durch die Verordnung vom 16. November 1918 regierungsseitig anerkannten Arbeitsgemeinschaften angeknüpft und sie weiter ausgebaut hätte.

Hr. Winterfeld (D. Sp.): Das Gesetz muß in allen Einzelheiten gründlich nach praktischen Rücksichten durchdacht werden, damit es wirklich zu einer sozialen Wohlfahrt werden kann. (Weiß! bei der D. Sp.)

Hr. Brück (N. Sp.): Im Februar hat die Regierung einen Scheidemann erklärt, daß die Arbeiterschaft nicht in der Verfassung festgelegt werden; wenige Tage später mußte sich die Regierung bereits auf großen Klatschen überziehen. Sie hat es versäumt, die Räte zu den

festesten Stützpunkten der Revolution

zu machen. Die diesen Gesetzen sind wir nicht ohne Dankbar. Deswegen bringt er kein neues Recht und das übrige ist nur weiche Worte. Es ist eine große Verantwortung, er macht die Fortschritte der Industrie der Allgemeinheit nicht dienlich und schließt die Privatwirtschaft in ihren wahren Formen. Deshalb ist der Widerspruch aus Arbeitskreisen durchaus berechtigt. Man denke die Freiheit der Angestellten. Sie will vor allem keine bevorzugte Stellung vor den Arbeitern. Sie will keine Privilegien, die mehr Selbstverwaltung, dann auch eine Einheitsfront des Kampfes des Rätesystems bis zum Wirtschaftswirtschaftsrat mit größerem Recht für die Räte, die ganz gleichberechtigt neben dem Unternehmen stehen müssen. Nur solche Durchführungen der wirtschaftlichen Demokratie gewährleisten die Leistung der Produktion.

Hr. Dietrich-Waldow (Soz.): Das Gesetz ist ein Fortschritt, eine Demokratisierung des Sozialismus bringt es nicht; sie ist aber keine nicht möglich. Wir sind nicht der Ansicht, daß mit dieser Vorlage die Wünsche der Arbeiterschaft wirklich erfüllt werden können, aber wir hoffen, daß wir durch sie die volle Demokratisierung und die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter und Angestellten erreichen werden. (Weiß! a. d. Soz.)

Redner beantragt schließlich, die Vorlage dem Ausschuss für Sozialpolitik zu überweisen.

Hr. Ehrhardt (Dem.): Es ist nicht verwunderlich, daß der Gesetzentwurf schwere Bedenken in weiten Kreisen auslöst hat, denn es sind einschneidende Bestimmungen vor, die weitestgehende Änderungen haben können. Nach den vielen Kämpfen der Gewerkschaft wollen wir hoffen, daß wir mit dem Gesetz zu einer Aufhebung der Gewerkschaft gelangen.

Reichsarbeitsminister Schilde: Ich möchte geradlinig dem Hr. Brück richtigstellen, daß es nicht ganz zutrifft, daß mein Vorgänger, der Minister Weiß gemeinsame Wahlen für Angestellte und Arbeiter verprochen hat. Er hat in dieser Frage seine Stellungnahme im Gesetz sich vorbehalten nach Anhörung der Interessenten und diese haben sich für die Beschläge ausgesprochen, die das Gesetz enthält. In der von ihm erwähnten Konferenz der Betriebsräte haben die Sozialdemokraten nicht die Freiheit gehabt. Die Konferenz verlangte für die Arbeiter weitestgehende Rechte und hat, nachdem ich diese nicht hätte zugegeben können, sich gegen die Stimmen der alten Sozialdemokraten gegen die weitere Mitarbeit erklärt. Da kann man mir doch nicht zum Vorwurf machen, daß ich die unabhängigen Sozialdemokraten bei der letzten Konferenz nicht mehr zugezogen habe.

Damit schließt die erste Beratung.

Die Vorlage geht an den 7. (sozialpolitischen) Ausschuss. Auf Antrag sämtlicher Fraktionen wird noch nachträglich der Ausschuss über die Kostendruckvermittlung und Überlieferung und Schlußwort sowie über den Wahn der Gewerkschaft in der Textilindustrie erledigt, soweit er die Einsetzung eines parlamentarischen Beobachtungsausschusses betrifft, der die Aufgabe hat, die schwebende eingeleitete Liquidation der Reichsindustriellen-Gesellschaft zu überwachen. Der Ausschuss wird angenommen und die beiden Mitglieder des Ausschusses sofort gewählt.

Gewerkschaftliches.

Die Differenzen in der Berliner Metallindustrie.

Wir haben wiederholt über die Differenzen in der Berliner Metallindustrie berichtet. Dabei wählten wir auch die sonderbare Haltung des „Wohlfahrts“ kritisieren. Dieses sogenannte Arbeiterblatt brachte dem streikenden Verhalten der Berliner Metallindustriellen kein großes Verständnis entgegen, während es doch sonst seine Aufgabe darin erklärt, gegen streikende Arbeiter zu gehen. Wir haben weiter das sonderbare Verhalten des Reichsarbeitsministeriums kritisieren müssen. Es hatte den Anschein, als ob beide, Unternehmer wie auch das Reichsarbeitsamt, die Verhandlungen verschleppen wollten, um schließlich die Metallarbeiter zum Streiken zu veranlassen.

Auf unsere Vorstellungen antwortete der „Wohlfahrts“ in seiner Abendausgabe vom 20. August abermals mit einer Verächtlichung der Arbeitervertreter. Der „Wohlfahrts“ behauptet, die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt wären auf Wunsch der Arbeiterhinausgeschoben worden; ein Schiedspruch sei erst gegen Ende der Woche zu erwarten. Diese Behauptung des „Wohlfahrts“ entspricht wiederum nicht den Tatsachen. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß das energische Drängen der Arbeiter auf Verhandlungen nicht ohne Erfolg geblieben ist.

Vor dem Reichsarbeitsamt haben am Donnerstag Verhandlungen stattgefunden, die nach Überwindung erheblicher Schwierigkeiten zu einem Schiedspruch geführt haben.

Das Schiedsgericht hat den Forderungen der Arbeiter immerhin in bedauerlichem Maße Rechnung getragen. Es hat fünf Lohnklassen festgelegt. Die Lohnsätze entsprechen zwar nicht den Forderungen der Arbeiter, dürften aber schließlich doch von den Arbeitern angenommen werden.

Die drohenden Differenzen sind durch den Spruch des Schiedsgerichts, daß die Spitzenlöhne nicht oberbaur werden sollen, wenn auch noch nicht beseitigt, so doch wesentlich gemildert worden. Den Arbeitern wurden zur weiteren Unterstützung gewährt. Immerhin ist hier der Grund: für alle die die

auch gleichen Lohn, anerkannt werden. Für die Jugendlichen bringt der Schiedspruch auch geringe Aufbesserungen der jetzt bestehenden Löhne.

Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die beiden Parteien zu diesem Schiedspruch stellen. Ihre Entscheidung muß bis zum 27. d. M. gefallen sein. Die Generalversammlung der Metallarbeiter findet am 28. August statt, sie wird über Annahme oder Ablehnung entscheiden. Da der Schiedspruch immerhin eine geringe Möglichkeit für eine gesunde Fortentwicklung der jetzt bestehenden unhaltbaren Verhältnisse bietet, kann man mit einer Annahme durch die Generalversammlung rechnen. Sollten auch die Unternehmer den Schiedspruch anerkennen, dann wäre eine Beilegung der Differenzen zu erwarten.

Aus der Berliner Gewerkschaftskommission.

Am Mittwochabend hielt die Berliner Gewerkschaftskommission wieder eine Sitzung ab.

Vorur in die eigentlichen Verhandlungsgegenstände eingetreten wurde, machte Genosse Volkmann darauf aufmerksam, daß sich der Ausschuss mit dem von uns bereits veröffentlichten Aufsatz beschäftigt und ihn angenommen habe; er ersuchte um die Zustimmung der Plenarversammlung. Der Aufsatz wurde ohne Diskussion mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Dann hielt Genosse Lott, Metallarbeiterverband, ein Referat über Löhne in den Heeresbetrieben. Um den Schiedsrichtern, die sich in den Heeresbetrieben geltend machen dadurch, daß fast alle Gewerkschaften vertreten sind und das Kriegsministerium hierdurch die Möglichkeit habe, bei Lohnfragen alles durcheinander zu zerren. Schluß Lott vor, es solle ein Kartell gebildet werden in der Form wie die Zusammensetzung des Gewerkschaftsausschusses, in dem jede Industriebranche vertreten sein solle. Dieses Kartell soll mit den Arbeitern der Heeresbetriebe in Verbindung treten und dann gemeinschaftlich mit diesen mit dem Kriegsministerium verhandeln. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt, und die Industriegruppen sollen innerhalb acht Tagen ihre Vertreter beim Ausschuss benennen.

Als nächster Punkt wurde die Jugendfürsorge von Gen. Albrecht behandelt. Er befragte den vom Ausschuss getragenen Gedanken, sich bei diesem kulturellen Werke wieder zu beteiligen. Er wies auf die durch den Krieg ganz besonders sich traurig gestalteten Zustände auf sittlichem wie moralischem Gebiete bei vielen Jugendlichen hin. Die sich für diesen Zweck meldenden Genossen mühten unter Einwirkung ihrer ganzen Persönlichkeit mit Liebe an dieses Werk gehen.

Nachdem von Gen. Kaspar darauf hingewiesen wurde, daß die sozialistische Jugendbewegung, ganz gleich welcher Parteirichtung, doch in sittlicher Hebung der Jugend Hervorragendes leistet und es nicht verständlich wäre und zum Protest herausfordere, wenn durch den Belagerungszustand die Presse dieser Bewegung verboten wäre, wurde der Beteiligung einstimmig zugestimmt.

Zum Streik im heimischen Großhandel.

Vor dem Reichsarbeitsministerium haben gestern Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern unter Vorsitz des Herrn Dr. Wieland begonnen. Es wurde zunächst die Forderung des Mitbestimmungsrechtes in mehrstündigen Verhandlungen behandelt. Ein positives Resultat wurde nach nicht erzielt, doch ist eine Kommission aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmer mit einem unparteiischen Vorsitzenden weiter bemüht, eine endgültige Regelung zu finden.

Die streikenden Angestellten und Arbeiter des heimischen Großhandels versammelten sich heute, vormittag 9 Uhr, in den Sophienböden, Sophienstraße 17/19 zur Entgegennahme des Verdicts.

Die Streikleitung:

Generalverband der Handlungsgehilfen, Deutscher Transportarbeiterverband.

Der Schiedspruch zugunsten der Berliner Versicherungsangestellten.

Der am Dienstag vom Schlichtungsausschuss gefällte Schiedspruch ist infolgedessen zugunsten der streikenden Angestellten der Revisionsgeneralarbeiter ausgefallen, als die Klassifizierung des Reichstarifs voll anerkannt wurde und somit die Einstellung der Betriebe fortfällt. Die Streiktage werden beendet, doch sollen die Angestellten sich bis 10. September zu zwei unbezahlten Überstunden täglich verpflichten. Jedoch gilt der Spruch nur für die Berliner Angestellten. Eine gut besuchte Versammlung der Arbeitnehmer nahm am Donnerstag vormittag in Hohenlands Hofsaal den Schiedspruch einstimmig an. Jedoch wurde ebenso einstimmig der Antrag angenommen, daß der Abschluß eines neuen Tarifvertrages für Groß-Berlin zwischen dem Reichsarbeitsminister und einerseits und den Reichs-Berländern andererseits abgelehnt und bis zur Beilegung des Konfliktes im ganzen Reich als zwischenzeitlich anerkannt wird.

Unter Voraussetzung der Anerkennung des Schiedspruches durch die Arbeitgeber wird also am Sonntag vormittag die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Die Arbeitgeber haben sich auch bereit erklärt, die Forderungen der Massenboten zu bewilligen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Graveure und Ziseleure im Reich.

Am Sonntag, 17. August, trat im Metallarbeiterhaus, Berlin, Minienstraße, eine Vorlesung zur Vorbereitung einer demnächst stattfindenden Reichskonferenz der Graveure und Ziseleure des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zusammen. Da die Verhandlungen innerhalb der Branche nach dem Siege noch nicht völlig wiederhergestellt werden konnten, waren nur Delegierte aus größeren Städten Mitteldeutschlands und aus München erschienen, ebenso ein Vertreter des Hauptverbandes aus Stuttgart. Von der Berliner Ortsverwaltung war Bevollmächtigter Lott anwesend. Die Aussprache ergab die dringende Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne im ganzen Reich. Dem haben sich die Arbeitgeber bisher bei den verschiedenen Verhandlungen widersetzt mit dem Hinweis auf die Konkurrenz in anderen Städten des Reiches. Um diese Verhältnisse zu beseitigen, soll nach Meinung der Mehrheit der Delegierten ein Reichstarif angestrebt werden, während die Berliner Delegierten sich gegen einen Reichstarif aussprachen. Allseitig wurde außerdem eine intensive Bearbeitung der ganzen Branche durch die im Jahre 1907 in Stuttgart geschaffene Zentralstelle gefordert. Eine sechsgliedrige Kommission wurde damit beauftragt, der Reichskonferenz einen Reichstarif vorzulegen.

Lohnbewegung in der Mühlenmaler-Branche.

Die im Münchenerverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Mühlenmalerindustrie hatten die Forderungen gestellt: 45ständige Arbeitswoche, Mindestlohn von 120 M. für männliche Arbeiter, Hausfrauen, Bäckerinnen und Dampferinnen, 80 M. für die übrigen weiblichen Arbeitskräfte. In den am 14. August stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband wurde von diesem jedoch nur 100 M. für Schneider, Maschinenzuschneiderinnen, Bäckerinnen und Dampferinnen, 75 M. für die anderen weiblichen Arbeiter bewilligt. Von der 48ständigen Arbeitswoche wollen die Unternehmer nicht ablassen.

Eine am Mittwochabend im Sophiengymnasium stattgefundene Versammlung der Arbeitnehmer nahm zu dem Ergeb-

nis der Verhandlungen Stellung. Fräulein referierte über die Lage. Einige Redner forderten die weiblichen Arbeiter, die ihre Forderungen nahezu erreicht haben, auf, sich nicht gegen die Forderungen der männlichen Kollegen anzustellen zu lassen. Bedauerlich sei immer noch die große Interessenlosigkeit der weiblichen Kollegen für das eigene Wohl und Behe. Die Kommission wurde beauftragt, die Verhandlungen am Donnerstag fortzusetzen und den Arbeitgebern Mitteilung von der Ablehnung dieser ungenügenden Zugeständnisse zu machen.

Streik bei den Märkischen Del- und Farbwerten Wittenau.

Wegen Nichtanerkennung und fortgesetzter Nachregelung der Arbeitersatzungsmitglieder befindet sich die Arbeiter der Märkischen Del- und Farbwerte in Wittenau seit dem 16. August im Streik. Der Inhaber der Fabrik sucht mit allen Mitteln den Arbeitern ihrer elementarsten Rechte streitig zu machen. Es wird bestimmt auf die Solidarität der Arbeiter gerechnet.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Maschinen und Heizer!

In letzter Stunde fordern wir die Kollegen auf, sich an dem Neuaufbau und der Neuwahl der Groß-Berliner Räte zu beteiligen. — Größere Betriebe werden sich geschlossen durch den Vertrauensmann, Einzelbeschäftigte müssen ihre Werbung allein vornehmen. Adressen, siehe Kolate und Adresskalender.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer-Gewerkschaften Groß-Berlin.

Achtung! Dachdecker und Berufsgenossen. Achtung! Berlin und Umgegend.

Der Groß-Berliner Vollzugsrat hat für die Zeit vom 18. bis 22. August eine Erfassung des gesamten werktätigen Volkes durch den Reichsausschuss der Arbeiterorganisation vorangetrieben. Wir fordern alle Kollegen und Berufsgenossen auf, für eine restlose Erfassung unserer Berufsgruppe zu sorgen. Betriebe melden sich geschlossen. Einzelbeschäftigte und Arbeitslose müssen sich selbst melden. Anschläge und Tagespresse bitte zu beachten.

J. A.: Die Ortsverwaltung.

Groß-Berlin.

Der Kampf gegen die Kommunalisierung des

Am den berechtigten Forderungen der in den Milchbetrieben tätigen Arbeiter und Angestellten Rechnung zu tragen und andererseits die Konsumenten nicht mit einer weiteren erheblichen Verteuerung der Milch zu belasten, ist geplant, den gesamten Milchhandel in Groß-Berlin zu kommunalisieren. Dadurch würde der private Milchhandel ausgeschaltet und der Gewinn der Zwischenhändler fiele weg und könnte den oben erwähnten Mäcken dienstbar gemacht werden.

Die Milchhändler sträubten sich jedoch nach Kräften gegen eine Kommunalisierung, die, wie sie behaupten, nicht nur eine Erhöhung des Preises für die Verbraucher, sondern auch durch den ausgedehnten Verwaltungsapparat erheblich teurer arbeiten würde als der freie Handel. In einem Flugblatt, das sich an die Bevölkerung Groß-Berlins wendet, führen sie alle Mängel der heutigen Milchversorgung auf die Zwangsvereinnung zurück und behaupten, daß es durch die Kommunalisierung noch schlechter werden würde.

Das ist natürlich alles bunter Kram und nur darauf berechnet, Panik damit einzulangen. Diese sollen sich dann in die in den Milchbetrieben ausgelegten Protestlisten einzeichnen, um damit gegen die geplante Kommunalisierung zu protestieren. In dieser Unterschrift werden die Kunden teilweise sogar gezwungen, da man ihnen sonst keine Milch geben will. Gegen diesen Schand erheben wir öffentlich Einspruch und fordern jeden auf, seinen einzelnen Fall mitzutheilen, worauf wir das weitere veranlassen werden.

Zur Sache selbst wollen wir noch bemerken, daß der freie Handel bisher nicht bewiesen hat, daß er die Milch besser liefern kann, wenigstens nicht im Interesse der ärmeren Volksschichten. Sowohl die Freigabe des Milchhandels wie des Fischhandels haben uns gezeigt, daß die Reichsregierung wohl mehr in der Lage ist, Bier und Fische zu kaufen, die Armen bekommen aber jetzt weniger davon zu sehen als unter der öffentlichen Bewirtschaftung. Für uns gibt es daher nur eine Parole: Ausschaltung des freien Handels und Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung! Die dem letzteren System noch anhaftenden Fehler müssen und können beseitigt werden, wenn die Arbeiterschaft sich immer mehr Einfluß in den Verwaltungsorganen verschafft.

Keine Aufhebung der Kommunalisierung des Rostfleischgewerbes und des Erbsenwursthandels.

Der Lichterberger Magistrat hat an die Rostfleischhändler folgende Anschrift gerichtet:

Durch Verordnung des Reichsärztners vom 22. Mai 1919 ist der Betrieb des Rostfleischhändlergewerbes und die Herstellung von Erbsenwurst (Pögen, Raminchen, Döhner usw.) der privaten Bewirtschaftung entzogen und der Gemeinde übertragen (kommunalisiert) worden.

Auf Grund dieser Verordnung hat die Provinzial-Rostfleischstelle für Berlin und die Provinz Brandenburg eine Ausführungsanweisung erlassen, worin sie u. a. bestimmt hatte, daß zur Schächtung nur solche Pferde verwendet werden dürfen, bei denen durch tierärztliches Zeugnis bescheinigt ist, daß sie als Arbeitspferde nicht mehr verwendet werden können. Die Vorschrift ist durch neue Verordnung der genannten Provinzial-Rostfleischstelle vom 14. August d. J. dahin abgeändert worden, daß nur noch solche Pferde geschlachtet werden dürfen, die durch tierärztliches Zeugnis als Schlachtpferde bestimmt sind. Durch diese neue Verordnung hat offensichtlich eine Beschränkung aufgehoben werden sollen, die solche Pferde von der Schächtung ausschloß, die zwar nach dem Sachverständigenurteil bereits schlachtreif waren, doch immerhin noch zu höchsten Fuhrdiensten verwendet werden konnten.

Verwunderlicherweise hat diese neue Bekanntmachung der Provinzial-Rostfleischstelle in den Kreisen der Rostfleischhändler u. s. w. die Ansicht aufkommen lassen, daß nunmehr die Schächtung von Pferden, der Verkauf von Rostfleisch und Wurst sowie die Herstellung von Erbsenwurst (Pögen, Raminchen usw.) wiederum völlig freigegeben wäre. Das ist, wie wir hiermit ausdrücklich erklären, nicht der Fall, und an der angeordneten Kommunalisierung des Rostfleischgewerbes und des Erbsenwursthandels ist nichts geändert.

Arbeitssport im Stadion.

Am Sonntag, den 24. August, veranstaltete die gesamte sportliebende Arbeiterschaft ihre große Prüfung vor der Öffentlichkeit. Jedermann wird dort einen Einblick in die einzelnen Sportgewerbe, als da sind Turnen, Radsport, Athleten, Schwimmen, Naturfreund, Fußball, Schachspieler usw., gewinnen können und daraus erkennen, wie der Sport in den Arbeiter- und Sport-Veränden gepflegt wird. Durch den billigen Eintrittspreis von 50 Pfg. im Vorverkauf, 75 Pfg. an der Kasse, kann es jedem Arbeiter möglich sein, zu diesem wahren Volksfest zu er-

schleimen. Die Fortwähmungen sind sehr zahlreich und bestanden während 2 Uhr. Das anschließende Programm ist in der Nr. 1 des Arbeiter-Sport enthalten. Jahrsverbindungen sind die des Reichsverbandes, Untergrundbahn des Reichsverbandes bei der Bewilligung bis Stadion, Straßenbahnlinie D und U bis zum Hauptbahnhof. Zahlreiche Beteiligung aller Arbeiter, Parteigenossen und Berufsgenossen ist im Interesse der Arbeitersportbewegung erwünscht.

Zu den Arbeiterratwahlen.

Die Meldestelle Nr. 28, bisher Neumanns Gesellschaftsdruck Schmaragdstraße, Breite Straße, ist verlegt zu Wilhelmstraße, dortselbst, Breite Straße 25.

Die in den Meldestellen 1—20 tätigen Genossen werden ersucht, sich heute Freitag vormittag 11 Uhr im Vollzugsrat, Zimmer 8, vollständig einzufinden.

Ebenso die heutigen Flugblätter nach restloser Verteilung.

Vollzugsratsausschuss.

Zentralwahlkommission, J. A.: Neumann.

Nichtigstellung.

Mag. Cohen, der Vorsitzende des Zentralrats, schreibt unter: In der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 21. August d. J. befindet sich ein Aufsatz der Berliner Gewerkschaftskommission, in dem es mit Bezug auf das Vorgehen des Berliner Vollzugsrats heißt:

„Der Zentralrat der Arbeiterräte Deutschlands hat auch deshalb entgegen sonstiger Maßnahmen einzelner Gruppen beschuldigt, daß sich dieser Erfassung der Wähler die Gesamtheit anzuschließen hat.“

Diese Behauptung entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Niemand hat der Zentralrat irgendwas öffentlich bekanntgegeben, das sich in der Weise denken ließe, wie es in dem erwähnten Zitat geschieht.

Die Versteigerung der Staatskorrosen und Hofwagen.

Die Wagen-Versteigerung im ehemaligen kaiserl. Arsenal hat ein erhebliches Einkommen für das Ober-Präsidentenamt ergeben, das den Betrag dem Reichsschatzamt überweisen soll. Wegen des starken Andrangs wurde von der Pönierleitung eine Versteigerung abgebrochen. Die größte Zahl der erschienenen war nur aus Schaulust gekommen. Trotzdem wurden enorme Preise erzielt. Zwei kleine zweirädrige Sportwagen für Nordlandreisen des Kaisers ergab, die je einzeln 600 M. gelistet haben, erzielten 800 und 400 M. Ein Landauer mit 13 000 M. fort. Ein à la Dumont-Wagen, den die Kaiserin beim Winternurlaub öfters benutzt hat, kam 7000 M. und ein Geländewagen der Kaiserin erzielte 9000 M. und ein Jagdwagen des Kaisers sogar 9000 M. Ein Parkwagen der Kaiserin brachte 10 200 M., während die Geländewagen Preise von 2500 bis 3000 M. erzielten. Die Mehrzahl der Wagen gingen in wenige Hände über.

Ein Massenmörder.

Unter dem dringenden Verdacht, den Arbeiter Semm und den Arbeiter Melchior erschossen zu haben, wurde von der Spandauer Kriminalpolizei ein Arbeiter Schumann aus der Straße 6 zu Spandau verhaftet. Er fiel dadurch auf, daß er sich bei einem Spandauer Arzt eine Schußwunde am Gesicht verzeichnen lassen wollte. Der Verhaftete hat sich bei seinen Aussagen in Widersprüche verwickelt, dann aber ausgehandelt, den Kaiserlichen Hof in der Kasse zu verhaften zu haben. Die weiteren Nachforschungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß Schumann noch mehrere schwere Verbrechen begangen hat. So ist festgestellt, daß er am ersten Wahlfreitag in der Ballenhoppe und dort den 22 Jahre alten Arbeiter Kewitz aus Planenburg und dessen 23 Jahre alte Frau, die Arbeiterin Martha Reich aus der Hüttenstraße ermordet und die Leichen in den Kalkenagener See geworfen hat. Ferner hat Schumann im Verdacht, auch den Lehrer Paul, der am 23. Juni d. J. erschossen aufgefunden wurde, ermordet zu haben. Außerdem wird angenommen, daß auch ein schießende andere bisher unauferklärte Mordmorde auf das Konto des Verhafteten zu setzen sind.

Die „jätlichen“ Verwandten.

Ein recht eigenartiges Familienbild war dieser Tage in Köpenick zu beobachten. In die am Bahnhof gelegene Wirtschaft von Gänther kamen der Sohn des Inhabers, der 33jährige Paul Gänther, und sein Schwager, der 19jährige Arbeiter H. Hoppe, und verlangten von dem Wirt die sofortige Auszahlung einer größeren Geldsumme, die ihnen angeblich als Aussteuer zufließen sollte. Der Sohn des Wirtes unterstülte dabei die Forderungen seines Schwagers auf das energischste und drohte, daß er das Geld, falls er es nicht freiwillig bekäme, mit Gewalt nehmen würde. Als schließlich der Wirt die gärlischen Verwandten aus dem Lokal wies, zogen die beiden Exzessler, die noch Soldaten sind, die Seitengewehre und schlugen und stießen auf den Wirt, den Sohn des Wirtes zu retten und feuerte aus seinem Revolver mehrere Schüsse ab, von denen einer den Sohn in den Unterarm traf. In schwerverlettem Zustande wurde Gänther in das Köpenicker Krankenhaus gebracht, während Hoppe flüchtete.

Die Leichen zweier junger Mädchen wurden am Hofbräu Ufer und am Mühlendamm aus dem Wasser gezogen. Bei beiden konnte die Persönlichkeit nicht festgestellt werden. Die am Mühlendamm gelandete Leiche ist etwa 16 bis 17 Jahre alt und 1,55 Meter groß, hat blondes Haar und trug ein dunkelblaues Kleid, weißer Unterleib, schwarze Strümpfe und hohe gelbe Schuhe. Die Leiche ist M. E. gezeichnet. Bei sich hatte sie einen Schlüssel mit einer Bleimarke mit der Nummer 2562. Die Unbekannte vom Hofbräu Ufer ist 16 bis 20 Jahre alt und 1,60 Meter groß, hat blondes Haar und trug eine grüne Strickjacke, eine rosa Bluse, einen braungrauen Rock, schwarze Strümpfe und hohe schwarze Schuhe. Ein besonderes Kennzeichen ist, daß der Lein an der rechten Hand das erste Glied an drei Fingern und an der linken Hand das erste Glied des Mittelfingers fehlen.

Einbruch in eine Postkommission. Auf Fleischmarkt in der es Einbrecher abgeben, die in die 167. Postkommission in der Straße 4a, im Norden der Stadt, einbrachen. Sie hatten 500 Reichsmark für Erbsenwurst, Serie 15, Nr. 28 401 bis 28 400 und 200 Reichsmark für Rinder, Serie 2, Nr. 5301 bis 5300 der 28. Woche.

Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Motordampfbahn von Stod in der Köpenicker Straße 4340. Als dort der Fahrer Wille mit dem Ländchen der Rede beschäftigt war, wurde er von einer Transmissionserfaß, die ihn mehrere Male herumgeschleuderte. Dabei trug er so schwere Verletzungen davon, daß er nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden mußte.

400 000 Mark unterlag. Die Deutsche Bank teilte mit, daß durch den Vorfall einer ihrer Vorort-Depotstellen in den Schlagungen durch Räufungen verübt worden sind. Er hat ein gestandenermaßen die unterlagene Summe sowie des Vermögens seiner Frau durch Spiel und Wette auf der Rennbahn durchgebracht. Der Betrag der Unterschlagungen dürfte sich auf 400 000 Mark belaufen. Der Vorfall ist verurteilt worden.

Segefeld-Hallenagen. Zweits Gründung eines Arbeiter-Gesangvereins findet Freitagabend, 8 Uhr, im Palais National, Hauptstraße, eine Zusammenkunft statt, und werden jungefreudige Genossen um ihr Erscheinen gebeten.